

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

ERSTES INFORMELLES GIPFELTREFFEN UNTER RATSPRÄSIDENT VAN ROMPUY

Bei dem ersten informellen Rat unter dem neuen Ratspräsidenten *Herman Van Rompuy* am 11.02.2010, an dem nur die Staats- und Regierungschefs ohne Außenminister teilnahmen, standen die Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie die Eurokrise in Griechenland im Mittelpunkt der Gespräche. *Van Rompuy* kündigte zudem monatliche Gipfeltreffen ab 2011 an. Pressemitteilung der Regierungschefs

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/112856.pdf

Pressestatement von Ratspräsident *Van Rompuy*

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/fr/ec/112918.pdf

MINIPLENARSITZUNG IN BRÜSSEL AM 24./25.02.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Die Abgeordneten diskutierten mit Ratspräsident *Herman Van Rompuy* und Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* die Ergebnisse des Informellen Rates zur „Europa 2020“ Strategie und der Situation in Griechenland. Weiter befasste sich das Plenum mit der Situation in der Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen, in Haiti, dem Iran und dem Gaza Konflikt. Zudem wurde wegen der Herausforderungen des Lissabonvertrags der EP-Haushalt zur Schaffung von 150 Stellen und zur Erhöhung der Mittel für die Assistenten der Abgeordneten angehoben (s. auch die Berichte aus den Ressorts). Auf Antrag der S&D-Fraktion wurde die Abstimmung zum Bürokratieabbau für Kleinunternehmen auf die nächste Plenartagung vom 8. bis 11. März verschoben.

KROATIEN: VERHANDLUNGEN NÄHERN SICH DEM ENDE

Auf einer Beitrittskonferenz am 19. Februar 2010 sind die Verhandlungen über zwei weitere Kapitel zur Fischereipolitik und zur Umweltpolitik eröffnet worden. Damit sind insgesamt 30 der 35 Verhandlungskapitel eröffnet und 17 vorläufig



abgeschlossen. Die drei ausstehenden Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Justiz und den Grundrechten sowie zur Wettbewerbspolitik sollen auf einer Beitrittskonferenz im April eröffnet werden. Damit wird der Abschluss der Beitrittsverhandlungen im Jahre 2010 immer wahrscheinlicher.

ISLAND: AUFNAHME VON BEITRITTSVERHANDLUNGEN EMPFOHLEN

Die Kommission hat am 24.02.2010 positiv zum Beitrittsantrag von Island vom 19.07.2009 (s. EB 15/09) gemäß Art. 49 EUV Stellung genommen und dem Rat die Aufnahme von Verhandlungen empfohlen. Allerdings hat die Kommission ausdrücklich auf die volle Einhaltung der sog. Kopenhagen-Kriterien von 1993 verwiesen. Trotz der über 15-jährigen Mitgliedschaft im EWR mit der Übernahme eines erheblichen Teils des EU-Binnenmarktrechts seien noch ernsthafte Bemühungen im Fischereisektor, der Landwirtschaft, der Umweltpolitik, dem freien Kapitalverkehr und den Finanzdienstleistungen, insbesondere bei der Finanzaufsicht, notwendig. Letzten Umfragen zu Folge steht eine Mehrheit der Isländer dem Beitritt insbesondere wegen der Fischereipolitik derzeit skeptisch gegenüber.

Der Text der Stellungnahme und weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key_documents/opinion-iceland_2010_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR ÄNDERUNG DER FRONTX-VERORDNUNG

Die Kommission legte am 24.02.2010 eine Änderung der FRONTX-Verordnung vor.

KOMMISSION: STUDIE ZUM EINSATZ VON KÖRPERSCANNERN IM APRIL

Verkehrskommissar *Kallas* hat angekündigt, dass die Kommission im April 2010 eine Studie zum möglichen Einsatz von Körperscannern an Flughäfen in der EU vorlegen will. Ihr zusätzlicher Nutzen müsse ebenso geprüft werden wie die Folgen für Gesundheit und Privatsphäre der Passagiere. Er sprach sich für ein einheitliches Vorgehen in der EU aus.



EUGH-GENERALANWÄLTIN: VERGABE RETTUNGSDIENSTLICHER LEISTUNGEN IN VIER BUNDESLÄNDERN EUROPARECHTSWIDRIG

Die Kommission hat Klage gegen Deutschland wegen der Vergabepaxis bei rettungsdienstlichen Leistungen erhoben und dabei vor allem die Vergabepaxis nach dem sog. Submissionsmodell in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gerügt. Generalanwältin *Verica Trstenjak* sieht in den beanstandeten Fällen Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht. Für unzulässig hält die Generalanwältin aber eine Ausweitung der Klage auf die gesamte Vergabepaxis in Deutschland (Rechtssache C-160/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

KÜNFTIG EFRE-FÖRDERUNG DES WOHNUNGSBAUS FÜR ARME BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IN DER GESAMTEN EU MÖGLICH

Das Europäische Parlament hat einer mit Rat und Kommission informell vereinbarten Änderung der Verordnung über den europäischen Regionalfonds (EFRE) zugestimmt. Damit wird, die Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen, die bisher grundsätzlich nur für Renovierungen in den seit 2004 beigetretenen EU-Staaten zulässig war, auch für bestimmte Maßnahmen zugunsten von „marginalisierten Bevölkerungsgruppen“ in den alten Mitgliedstaaten und auch für Neubauten, die alte Gebäude ersetzen, möglich.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-68679-039-02-07-910-20100209IPR68678-08-02-2010-2010-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

ANHÖRUNG NATIONALER PARLAMENTE ZUR RICHTLINIE ÜBER RECHTE DER VERBRAUCHER IM IMCO-AUSSCHUSS

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments führte am 12.02.2010 eine Anhörung der nationalen Parlamente zu dem Richtlinienvorschlag der Kommission über die vertraglichen Rechte der Verbraucher durch, an der sich für Deutschland nur der Bundesrat beteiligte.

VERBRAUCHERSCHUTZ: SICHERHEITSDEFIZITE BEI SOLARIEN

Am 12.02.2010 hat die Kommission eine Untersuchung über gesundheitsge-



fährdende Sonnenbänke und Sonnenstudios vorgelegt.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 16.02.2010

Der ECOFIN-Rat hat am 16.02.2010 erwartungsgemäß das von der EU-Kommission vorgeschlagene umfangreiche Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Haushaltslage und der wirtschaftlichen Situation in Griechenland angenommen. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm Griechenlands wurde insgesamt als angemessen bewertet. Das gegen Griechenland laufende Defizitverfahren wurde aber verschärft und Griechenland in Verzug gesetzt, weil in der Vergangenheit keine wirksamen Maßnahmen zur Defizitreduzierung getroffen wurden. Erstmals wurden Maßnahmen zur Behebung des Haushaltsdefizits eines Mitgliedstaates mit Maßnahmen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik verbunden. Der Rat empfiehlt Griechenland weitreichende strukturpolitische Maßnahmen, wie z. B. die Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, sowie tiefgreifende Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Daneben hat sich der ECOFIN-Rat mit den bereits laufenden Defizitverfahren gegen Litauen, Malta, Rumänien, Lettland, Ungarn und Polen befasst.

Formal angenommen wurde die Änderung der Tabaksteuerrichtlinie. Ziel ist neben dem Gesundheitsschutz eine Angleichung der Steuersätze in der EU sowie die Modernisierung, Vereinfachung und transparentere Gestaltung der Regelungen. Am 10.11.2009 hatte der ECOFIN-Rat diesbezüglich bereits eine politische Einigung erzielt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/112912.pdf

EU-KOMMISSION: AUSWEITUNG DER BEFUGNISSE VON EUROSTAT

Die EU-Kommission hat am 15.02.2010 einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vorgelegt. Hintergrund dieses Vorschlags sind die erheblichen Unregelmäßigkeiten der statistischen Daten zum Haushaltsdefizit und zum öffentlichen Schuldenstand in Griechenland. Ziel des Verordnungsvorschlags ist, durch eine effizientere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Statistikbehörden und Eurostat die Qualität und Zuverlässigkeit



der Statistiken zu den öffentlichen Finanzen zu verbessern. Eurostat soll in die Lage versetzt werden, eine wirkliche Überprüfung der gemeldeten Zahlen vorzunehmen. Hierzu gewähren die Mitgliedstaaten Eurostat Zugang zu allen für die Bewertung der Datenqualität erforderlichen Informationen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0053:FIN:EN:PDF>

BEIHILFERECHTLICHE PRÜFUNG DER SOG. „SANIERUNGSKLAUSEL“ IM UNTERNEHMENSTEUERRECHT

Die Europäische Kommission hat am 24.02.2010 angekündigt, die sog. „Sanierungsklausel“ (§ 8c Abs. 1a des deutschen Körperschaftsteuergesetzes) beihilferechtlich zu überprüfen. Die Sanierungsklausel wurde im Juli 2009 zur Entschärfung der im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 geschaffenen neuen Verlustabzugsregel eingeführt. Nach den allgemeinen Vorschriften wird - vereinfacht dargestellt - ein Verlustvortrag durch eine wesentliche Änderung der Beteiligungsstruktur unmöglich. Die Sanierungsklausel ermöglicht demgegenüber bei einem Beteiligungserwerb durch sanierungswillige Investoren unter bestimmten Voraussetzungen den Verlustvortrag. Das Verfahren wird von der EU-Kommission ergebnisoffen geführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/180&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

BEHANDLUNG DES FINANZAUF SICHTSPAKETS IM AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Der ECOFIN-Rat hat sich bereits am 20.10. und 02.12.2009 über die allgemeine Ausrichtung des Finanzaufsichtspakets verständigt. Inzwischen sind auch die Beratungen im Europäischen Parlament angelaufen. Nachdem der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments am 27.01.2010 eine öffentliche Anhörung zum Finanzaufsichtspaket veranstaltet hatte, wurden am 23.02.2010 die Berichtsentwürfe zu den einzelnen Legislativvorschlägen im Ausschuss vorgestellt und diskutiert. Das Parlament möchte die neuen europäischen Aufsichtsbehörden vor allem mit weitergehenden Befugnissen ausstatten als der Rat. Abgestimmt wird über die Berichtsentwürfe im Ausschuss voraussichtlich im Mai und im Plenum des Europäischen Parlaments im Juli.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-69356-054-02-



09-907-20100223IPR69355-23-02-2010-2010-false/default_de.htm

PRIORITÄTEN DES EU-HAUSHALTS 2011: ERSTE DISKUSSION IM HAUSHALTSAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments fand am 23.02.2010 eine erste Diskussion eines Berichtsentwurfs zum EU-Haushalt 2011 statt. Eine der Prioritäten sollen dabei Initiativen für junge Leute sein, z. B. bezogen auf den Übergang vom Studium zum Arbeitsleben. Als weitere mögliche Prioritäten wurden u. a. Innovation und Forschung, die Bekämpfung des Klimawandels und der Europäische Auswärtige Dienst genannt. Über den Bericht über die Haushaltsprioritäten 2011 wird im Haushaltsausschuss voraussichtlich am 04.03. und im Plenum am 24./25.03.2010 abgestimmt. Der ECOFIN-Rat wird sich seinerseits mit den Prioritäten des EU-Haushalts 2011 voraussichtlich am 16.03.2010 befassen. Das formale Verfahren zur Aufstellung des EU-Haushalts 2011 beginnt voraussichtlich Ende April 2010 mit der Annahme des Haushaltsplanentwurfs durch die EU-Kommission.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-69384-054-02-09-905-20100223IPR69383-23-02-2010-2010-false/default_de.htm

ENTSCHLIESSUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament hat am 23.02.2010 eine Entschließung zum Thema Finanztransaktionssteuer angenommen. Die Kommission wird aufgefordert, eine umfassende Folgenabschätzung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorzunehmen, und zwar sowohl im Hinblick auf eine Einführung auf globaler Ebene als auch auf EU-Ebene im Alleingang. Der Ausschuss zieht dabei auch eine Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer in Betracht. Der ECOFIN-Rat wird das Thema Finanztransaktionssteuer voraussichtlich auf seiner informellen Sitzung Mitte April behandeln.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/044-69368-054-02-09-907-20100223IPR69367-23-02-2010-2010-false/default_de.htm



SCHLUSSANTRÄGE DER ZUSTÄNDIGEN EUGH-GENERALANWÄLTE ZUM SCHWEDISCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN GLÜCKSSPIELRECHT

Am 23.02.2010 haben die zuständigen Generalanwälte zwei Schlussanträge in EuGH-Verfahren zum schwedischen und österreichischen Glücksspielrecht gestellt. Der Generalanwalt vertritt in seinem Schlussantrag zum schwedischen Glücksspielrecht in Anlehnung an die bisherige Rechtsprechung des EuGH die Auffassung, dass das Verbot der Förderung von Glücksspielen, die über das Internet von in anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Unternehmen angeboten werden, durch das Ziel der Bekämpfung von Betrug und anderen Straftaten gerechtfertigt ist. Die österreichischen Vorschriften, die den Betrieb von Spielbanken ausschließlich Aktiengesellschaften mit Sitz in Österreich vorbehalten, sind aus Sicht des zuständigen Generalanwalts dagegen nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar. Eine derartige diskriminierende Beschränkung sei nicht durch Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-02/cp100011de.pdf>

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-02/cp100010de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

GIPFELTREFFEN ZUR LAGE DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Der neue Industriekommissar, *Antonio Tajani*, hatte die für die Automobilindustrie zuständigen Minister am 19. Februar 2010 zu einem Gipfeltreffen über die Lage und Zukunft der Automobilindustrie in Europa eingeladen. Hauptziel des Treffens war, die aktuelle Lage der Automobilindustrie aus europäischer Sicht zu bewerten. Außerdem wollte man sich auf eine gemeinsame Vision für die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie einigen.

KOMMISSION GRÜNDET GENERALDIREKTIONEN FÜR ENERGIE UND KLIMAAKTION

In ihrer ersten Sitzung am 17. Februar 2010 hat die neue Europäische Kommission die Gründung der Generaldirektionen für Energie (kurz: ENER) und



Klimaaktion (CLIM) beschlossen. Die bisherige Generaldirektion Energie und Verkehr erhält für den verbleibenden Verkehrsteil die Bezeichnung MOVE.

KOMMISSION ERÖFFNET FÖRMLICHES PRÜFVERFAHREN FÜR SOG. „SANIERUNGSKLAUSEL“

Die Europäische Kommission hat am 24. Februar 2010 angekündigt, die deutsche Steuervergünstigung für notleidende Unternehmen, deren Beteiligungsstruktur sich erheblich geändert hat, auf Grundlage der EU-Beihilferegeln, förmlich zu prüfen. Deutschland ist der Ansicht, dass diese sog. „Sanierungsklausel“ nicht unter die Beihilfavorschriften fällt und hatte diese deshalb nicht vorab angemeldet. Die Kommission hat diesbezüglich jedoch Zweifel, da die Maßnahme notleidende Unternehmen in Bezug auf den Verlustvortrag besser stellt als gesunde, daher seien die Vorschriften auf den ersten Blick diskriminierend. Die Kommission bezweifelt zudem, dass die Klausel mit den EU-Leitlinien für Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen vereinbar ist. Im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

ABGEORDNETE STELLEN BERICHTE ZUR KÜNFTIGEN STRUKTUR DER FINANZ-MARKTAUFSICHT IN EUROPA VOR

Die Berichterstatter haben am 23. Februar 2010 im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments ihre Berichtsentwürfe zur künftigen Finanzmarktaufsichtsstruktur in Europa präsentiert. Sie fordern darin eine strengere Gesetzgebung und eine größere Übertragung von Kompetenzen auf die EU-Aufsichtsebene. Alle Abgeordneten stellten dabei den Kompromiss, den die EU-Finanzminister im Dezember 2009 erzielt hatten, in Frage. Besonderer Stein des Anstoßes ist dabei die sog. „Safeguard-Clause“, welche vorsieht, dass Maßnahmen und Entscheidungen der EU-Aufsichtsbehörden sich nicht direkt auf die Haushalte der Mitgliedstaaten auswirken dürften. Diese Klausel wird von den Abgeordneten für zu restriktiv gehalten. Ein weiterer Punkt war die Beibehaltung der jeweiligen Standorte für die drei Aufsichtsbehörden. Zur Schaffung einer wahren Europäischen Aufsichtskultur schlägt die Berichterstatterin *Sylvie Goulard* (ALDE, F) die Zusammenfassung in einem Standort vor. Im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-69356-054-02-09-907-20100223IPR69355-23-02-2010-2010-false/default_de.htm



INFORMELLES MINISTERTREFFEN ZUR ZUKUNFT DER REGIONALPOLITIK

Bei einem informellen Treffen der Minister für Regionalpolitik am 19. Februar 2010 in Zaragoza wurde diskutiert, wie die Kohäsionspolitik in die Europa 2020-Strategie mit einbezogen werden kann. Weitere Gesprächsthemen waren die Zukunft der Kohäsionspolitik und damit die Frage, welche Regionen künftig gefördert werden sollten sowie eine Verwaltungsvereinfachung für die Kohäsionspolitik.

<http://www.eu2010.es/en/documentosynoticias/noticias/feb18rimzaragoza.html>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 22.02.2010 IN BRÜSSEL

Am 22.02.2010 tagten die Agrarminister und führten einen ausführlichen Meinungsaustausch zur Ausgestaltung der Marktinstrumente in der GAP nach 2013. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten befürwortet angesichts der Preisvolatilität und Markttransparenz in der Zeit nach 2013 neue Marktinstrumente. Interventionsmechanismen sollen nicht mehr als ein Sicherheitsnetz darstellen. Von einem Großteil der Mitgliedstaaten werden eine Tierschutzkennzeichnung und der Aufbau eines Europäischen Netzwerkes von Referenzzentren für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere begrüßt. Dem Anliegen Polens für eine Verlängerung der Übergangszeit für die Haltung von Legehennen in herkömmlichen Legebatterien, wurde eine Absage erteilt. Abgelehnt wurde auch das Anliegen Frankreichs, Marktmaßnahmen zu ergreifen, um den Getreidemarkt zu entlasten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/13001.pdf

NEUER AGRARKOMMISSAR FORDERT EINE GROßE ÖFFENTLICHE DEBATTE FÜR EINE NEUE, BESSER ANGEPAßTE GAP

Der neue Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, *Dacian Cioloş*, besuchte auf seiner ersten offiziellen Reise Spanien, das im ersten Halbjahr 2010 die Ratspräsidentschaft innehat. *Cioloş* erklärte, dass jetzt und vor allem in Zukunft, die Europäische Union eine neue, starke Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) braucht, um den Herausforderungen der Ernährungssicherung, des Wachstums und der Beschäftigung in ländlichen Gebieten zu be-



gegenen. Die europäische Landwirtschaft muss gleichzeitig den Erwartungen des Marktes sowie der Gesellschaft im Hinblick auf öffentliche Güter, Umwelt und Klimawandel gerecht werden. Daher fordert er eine große Debatte mit den Mitgliedstaaten und der Gesellschaft.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/383.htm>

EFSA PLANT ERHEBUNG ÜBER DEN LEBENSMITTELVERZEHR

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) plant, gestützt vom EFSA-Beirat, eine paneuropäische Erhebung über den Lebensmittelverzehr durchzuführen. Das neue Überwachungsprojekt wird unter dem Namen „EU Menü“ geführt. Dieses Instrument soll das Erfassen von Daten und die Risikobewertung des Lebensmittelkonsums harmonisieren. Ein Ziel ist es, die vorhandenen Daten der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen und ggf. gezielt Aktionen gegen Übergewicht und Diabetes ins Leben zu rufen. Noch im Jahr 2010 soll eine umfassende europäische Datenbank über den Lebensmittelverzehr zur Verfügung stehen.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/datex100212.htm>

KOMMISSION LEGT NITRATBERICHT VOR

Die Kommission hat am 11.02.2010 den Bericht zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verschmutzung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (Nitratrichtlinie) vorgelegt. Erstmals wurden hierfür Informationen aus allen 27 Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 2004 bis 2007 verwendet. Für Deutschland zeigt der Bericht bei mehr als 30 % der Grundwassermessstellen steigende Trends auf, der Anteil der Messstellen mit Konzentrationen oberhalb der Qualitätsnorm von 50 mg/l nimmt jedoch ab. Das deutsche Nitrat-Aktionsprogramm und dessen Umsetzung werden im Kommissionsbericht nicht kritisiert.

Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, strengere Schwellenwerte als den Qualitätsstandard von 50 mg/l für Nitrat zu erlassen, falls dieser nicht ausreicht, um die Umweltziele einzuhalten (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/com_2010_47.pdf

<http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/swd.pdf>



EP KRITISIERT TRANSPORT VON SCHLACHTPFERDEN

Das Europäische Parlament hat am 11.02.2010 mit 405 Unterschriften eine schriftliche Erklärung zum Transport von Schlachtpferden in der EU angenommen. Darin kritisieren die Abgeordneten allgemein, dass die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport in den Mitgliedstaaten nur unzureichend umgesetzt wird und im Besonderen, dass Langstreckentransporte das Wohlbefinden der Pferde stark beeinträchtigen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden entsprechend aufgefordert, für einen besseren Vollzug der Vorschriften zu sorgen. Außerdem soll bei der derzeitigen Überprüfung der Verordnung neues Beweismaterial berücksichtigt werden (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WDECL+P7-DCL-2009-0054+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

GVO-ANBAU GEHT IN EUROPA ZURÜCK – STEIGT WELTWEIT ABER AN

Die ISAAA (International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications) hat am 23.02.2010 ihren Jahresbericht „Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops“ zum weltweiten Anbau von GVO veröffentlicht. Demnach reduzierten sich 2009 die Anbauflächen in Europa um 1 %, während weltweit der Anbau um ca. 7 % anstieg. Innerhalb der EU bauten 2009 nur noch sechs Länder GVO-Mais kommerziell an, nachdem Deutschland im April 2009 ein nationales Anbauverbot für MON 810 erlassen hatte (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

<http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/41/executivesummary/default.asp>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BARROSO I-KOMMISSION: BILANZ DER GENERALDIREKTION BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

Mit dem Amtsantritt des neuen Kollegiums („Barroso II-Kommission“) am 10. Februar 2010 hat die Europäische Kommission eine Fünfjahres-Bilanz des ehemaligen EU-Sozialkommissars *Dr. Vladimír Špidla* veröffentlicht. Als wesentliche Ergebnisse werden darin genannt Maßnahmen zur Bewältigung der



Krise und der Folgen der Globalisierung, die Bekämpfung der Armut, die Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die Novellierung der Richtlinienvorschläge zur Leiharbeit, über Europäische Betriebsräte sowie zum Elternurlaub und der Richtlinienvorschlag zur Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Orientierung, des Alters oder einer Behinderung, der derzeit auf Rateebene verhandelt wird.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=701&furtherNews=yes>

EP: AUSSCHUSS FÜR DIE RECHTE DER FRAU FÜR EINE VERLÄNGERUNG DES MUTTERSCHUTZES AUF 20 WOCHEN BEI VOLLER LOHNFORTZAHLUNG

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat am 23. Februar 2010 den Entwurf der portugiesischen Berichterstatlerin *Edite Estrela* (S&D-Fraktion) zur sog. „Mutterschutz-Richtlinie“ angenommen. Mit dem Bericht zur Revision der Richtlinie über die „Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz“ (92/85/EWG) sprach sich der Ausschuss für eine Verlängerung des Mutterschutzes auf 20 Wochen aus.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-69364-054-02-09-902-20100223IPR69363-23-02-2010-2010-false/default_de.htm

ARBEITS- UND SOZIALMINISTERKONFERENZ: BESCHLUSS ZUM ANGEKÜNDIGTEN VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN ZUM LANDESBLINDENGELD

Als Reaktion auf die Pläne der EU-Kommission, die mitgeteilt hatte, Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof zu erheben wegen der Anwendung der sog. Wanderarbeitnehmerverordnung (1408/71) in Bezug auf Menschen mit Behinderung (s. EB 3/2010), wurde durch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) am 17. Februar 2010 ein gemeinsamer Beschluss der Länder vorgelegt. Darin wird unterstrichen, dass die Nachfolgeverordnung 883/2004, die am 1. Mai 2010 in Kraft treten wird, als unmittelbar anwendbares europäisches Recht Vorrang hat gegenüber den landesrechtlichen Bestimmungen, die Leistungen an Menschen mit Behinderungen, insbesondere blin-



de Menschen, gewähren. Das von der Kommission beanstandete Wohnsitzerfordernis bzw. das Erfordernis des gewöhnlichen Aufenthaltes im jeweiligen Bundesland „ist damit bedeutungslos geworden“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/89&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ARBEITSSCHUTZ: ENTSCHLIESSUNG ZUM SCHUTZ VOR VERLETZUNGEN MIT NADELSTICHEN IM GESUNDHEITSWESEN DURCH DAS EP ANGENOMMEN

Das Europäische Parlament hat am 11. Februar 2010 mit breiter Mehrheit einen Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie unterstützt, die eine Rahmenvereinbarung der Sozialpartner zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe bzw. spitze Instrumente im Krankenhaus- oder Gesundheitssektor durchführen soll. Mit dem entsprechenden Abkommen der Sozialpartner soll ein häufiges Gesundheitsrisiko für die Bediensteten in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen eingedämmt werden. Nach dem Entschließungsantrag des EP-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten kommt es jährlich in der EU zu rund einer Million Verletzungen mit Nadeln.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+TA+20100209+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: EUROPÄISCHES PARLAMENT FÜHRT ANHÖRUNG ZUR UMSETZUNG DER UN-KONVENTION DURCH

Zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung und den Beitritt der EU hat der Unterausschuss des Europäischen Parlaments für Menschenrechte am 22. Februar 2010 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Zahlreiche Teilnehmer zeigten sich besorgt, dass sich die Ratifizierung durch die 27 Mitgliedstaaten verzögern könne. Bislang haben 13 EU-Staaten, neben Deutschland Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Slowenien, Ungarn und die Tschechische Republik, das Abkommen ratifiziert. Der Rat hatte im November 2009 entschieden, dass die EU erstmals einem Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beitreten solle. Bevor die EU jedoch als Ganzes rechtskräftig Vertragspartei wird, sollen zunächst alle EU-Staaten das Abkommen ratifizieren.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/047-69398-053-02-09-



908-20100223STO69397-2010-22-02-2010/default_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 15.02.2010

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 15.02.2010 unter Vorsitz des spanischen Bildungsministers *Ángel Gabilondo* den Fortschrittsbericht 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung“ angenommen. Anschließend führten die Bildungsminister auf der Grundlage eines vom Vorsitz erarbeiteten Diskussionspapiers einen Gedankenaustausch zur Rolle der Bildung für das Europa im Jahr 2020. Deutschland wurde vertreten durch den Staatssekretär im BMBF *Dr. Helge Braun*, die Kommission durch Kommissarin *Androulla Vassiliou*, die am 10.02.2010 ihr Amt als EU-Bildungskommissarin angetreten und nun zum ersten Mal an einer Tagung des Bildungsministerrates teilgenommen hat. *Vassiliou* kündigte an, dass die Kommission Anfang März eine Mitteilung zur EU 2020-Strategie veröffentlichen werde, die auf Bildung, Innovation und Forschung beruhen solle.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st05/st05394.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st05/st05395.de10.pdf>

KONFERENZ ZUR REGIONALEN KOOPERATION IM BEREICH DES LEBENSLANGEN LERNENS

Auf einer Konferenz zur regionalen Kooperation im Bereich des lebenslangen Lernens stellte EARLALL (European Association of Regional and Local Authorities for Lifelong Learning) einen Aktionsplan vor, um in den europäischen Regionen das lebenslange Lernen zu fördern. *Gianfranco Simoncini*, Präsident von EARLALL, sprach sich dafür aus, die Regionen stärker an der Entwicklung der EU-Bildungsprogramme und der Strukturfonds zu beteiligen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: WECHSEL AN EUROPÄISCHEN SPITZENPOSITIONEN UND NEUE TASK FORCE

Zur neuen Präsidentin des European Research Councils (ERC) wurde am 19.02.2010 die österreichische Sozialwissenschaftlerin Prof. *Helga Nowotny* vom Scientific Council einstimmig gewählt. Den am 22.01.2010 überraschend



vom Amt des Präsidenten zurückgetretene Professor *Fotis C. Kafatos* wählte der Scientific Council zum Ehrenpräsidenten.

Der aus der bayerischen Ministerialverwaltung stammende bisherige Kabinettschef von Kommissarin *Reding*, *Rudolf Strohmeier*, wurde zum stellvertretenden Generaldirektor in der GD Forschung ernannt.

Unter der Leitung der Generalsekretärin *Catherine Day* wurde auf Kommissionsebene eine Task Force Forschung zur Quantifizierung eines zukünftigen Forschungsbudgets, zur Definition eines geeigneten Externalisierungsgrades beim Management des Forschungsförderprogramms und zur Synergiegewinnung von Forschung und anderen Politikbereichen eingerichtet.

GEMEINSAMES EUROPÄISCHES METROLOGIE-FORSCHUNGSPROGRAMM „EURO-PEAN METROLOGY RESEARCH PROGRAMME“ STARTET AUSSCHREIBUNG

Das gemeinsame europäische Metrologie-Forschungsprogramm „European Metrology Research Programme“ (EMRP) zielt auf die Zusammenführung von Forschungsaktivitäten und –mitteln der europäischen Metrologie Institute und startete die Ausschreibung für 2010. EMRP basiert auf Artikel 185 AEUV und umfasst die Beteiligung der Europäischen Kommission sowie von 22 Staaten. Koordiniert wird die Programmdurchführung durch die „European Association of National Metrology Institutes“, ein Verein, gebildet aus den europäischen Metrologie Instituten, mit Sitz in Braunschweig.

<http://www.emrponline.eu/call2010/>

STELLUNGNAHME DES RECHNUNGSHOFES ZUM FORSCHUNGSFINANZMANAGEMENT DER EU

In der Stellungnahme „Verbesserung des Finanzmanagements der Europäischen Union: Risiken und Herausforderungen“ eröffnet der Europäische Rechnungshof einen Überblick für den Programmplanungszeitraum 2000–2006, u.a. über das 6. Forschungsrahmenprogramm (FRP): Der Hof prangert Systemmängel in der Risikobeherrschung bei den Zuwendungsempfängern an, zudem führe die Komplexität der Förderfähigkeitsregeln zu Unregelmäßigkeiten, deren Ausmaß aber insgesamt zurückgegangen seien. Der Rechnungshof fordert die Vereinfachung von Rechtsvorschriften sowie die Etablierung kosteneffizienterer Überwachungs- und Kontrollsysteme. Statt einer singulären Problembehebung empfehle sich eine grundsätzliche, umfassende Überprüfung im Zuge der



geplanten Neufassung der Haushaltsordnung.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3660728.PDF>

DIALOG ZWISCHEN HOCHSCHULEN UND WIRTSCHAFT

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments vom 23.02.2010 stand die intersektorale Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft – basierend auf der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2006, aktualisiert und ergänzt durch eine Studie - „Weiterentwicklung des Dialogs zwischen Hochschule und Wirtschaft“ - von Deloitte Consulting.

Als Schlüsselement gelte es, eine strukturierte Partnerschaft zwischen Hochschulen und Unternehmen aufzubauen – eine Struktur gewährleiste eine schnelle Reaktion auf die Anforderungen des Marktes. Die Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten und das Weiterbildungsangebot für ein lebenslanges Lernen seien auszubauen, die Nutzung des geistigen Eigentums zu professionalisieren; insgesamt bestehe europaweit ein grundsätzlicher Bedarf für rechtlich und finanziell bessere Rahmenbedingungen.

Der Vorschlag der Kommission, ein europäisches Koordinierungsgremium zur Förderung der Zusammenarbeit einzurichten, wurde nicht aufgegriffen, hingegen wurde angeregt, eine Website zum Austausch und Verbreitung von Erfahrung zu erarbeiten.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0158:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

GVO-ANBAU GEHT IN EUROPA ZURÜCK – STEIGT WELTWEIT ABER AN

Die ISAAA (International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications) hat am 23.02.2010 ihren Jahresbericht „Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops“ zum weltweiten Anbau von GVO veröffentlicht. Demnach reduzierten sich 2009 die Anbauflächen in Europa um 12%, während weltweit der Anbau um ca. 7% anstieg. Innerhalb der EU bauten 2009 nur noch sechs Länder GVO-Mais kommerziell an, nachdem Deutschland im April 2009 ein nationales Anbauverbot für MON 810 erlassen hat.

<http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/41/executivesummary/default.asp>



KOMMISSION LEGT NITRATBERICHT VOR

Die Kommission hat am 11.02.2010 den Bericht zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verschmutzung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (Nitratrichtlinie). Erstmals wurden hierfür Informationen aus allen 27 Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 2004 bis 2007 verwendet. Für Deutschland zeigt der Bericht bei mehr als 30% der Grundwassermessstellen steigende Trends auf, der Anteil der Messstellen mit Konzentrationen oberhalb der Qualitätsnorm vom 50 mg/l nimmt jedoch ab. Das deutsche Nitrat-Aktionsprogramm und dessen Umsetzung werden im Kommissionsbericht nicht kritisiert.

Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, strengere Schwellenwerte als den Qualitätsstandard von 50 mg/l für Nitrat zu erlassen, falls dieser nicht ausreicht, die Umweltziele einzuhalten.

http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/com_2010_47.pdf

<http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/swd.pdf>

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 22.02.2010 IN BRÜSSEL

Am 22.02.2010 tagte der Agrarrat in Brüssel. Auf ihrer Sitzung führten die Agrarminister u. a. einen Meinungsaustausch zu dem im Oktober 2009 von der Kommission vorgelegten Bericht über Optionen für eine Tierschutzkennzeichnung und den Aufbau eines Europäischen Netzwerkes von Referenzzentren für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere. Darüber hinaus wurden die Anliegen Polens für eine Verlängerung der Übergangszeit für die Haltung von Legehennen in herkömmlichen Legebatterien, Belgiens zur Senkung der Kosten für BSE-Tests und der Niederlande zur Bekämpfung des Q-Fiebers diskutiert. Der neue Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, John Dalli, lehnte den Antrag Polens unter Hinweis auf die ausreichende Übergangszeit für die Einhaltung der neuen Vorschriften zur Legehennenhaltung ab und kündigte für das Frühjahr die Vorlage eines neuen „TSE-Fahrplans 2010 bis 2015“ an, der sich u. a. mit den für BSE-Tests geltenden Altersgrenzen auseinandersetze (vgl. im Übrigen den Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/13001.pdf

EP KRITISIERT TRANSPORT VON SCHLACHTPFERDEN

Das Europäische Parlament hat am 11.02.2010 mit 405 Unterschriften eine



schriftliche Erklärung zum Transport von Schlachtpferden in der EU angenommen. Darin kritisieren die Abgeordneten allgemein, dass die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport in den Mitgliedstaaten nur unzureichend umgesetzt wird und im besonderen, dass Langstreckentransporte das Wohlbefinden der Pferde stark beeinträchtigen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden entsprechend aufgefordert, für einen besseren Vollzug der Vorschriften zu sorgen. Außerdem soll bei der derzeitigen Überprüfung der Verordnung neues Beweismaterial berücksichtigt werden.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WDECL+P7-DCL-2009-0054+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

EFSA PLANT ERHEBUNG ÜBER DEN LEBENSMITTELVERZEHR

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) plant, gestützt vom EFSA-Beirat, eine paneuropäische Erhebung über den Lebensmittelverzehr durchzuführen. Das neue Überwachungsprojekt wird unter dem Namen „EU Menü“ geführt. Dieses Instrument soll das Erfassen von Daten und die Risikobewertung des Lebensmittelkonsums harmonisieren. Ein Ziel ist es, die vorhandenen Daten der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen und ggf. gezielt Aktionen gegen Übergewicht und Diabetes ins Leben zu rufen. Noch im Jahr 2010 soll eine umfassende europäische Datenbank über den Lebensmittelverzehr zur Verfügung stehen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/datex100212.htm>

KOMMISSION KRITISIERT SICHERHEITSDEFIZITE BEI SOLARIEN

Am 12.02.2010 hat die Kommission die Ergebnisse einer Marktuntersuchung über Sonnenbänke und Sonnenstudios in zehn Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, veröffentlicht. Untersucht wurden zwischen September 2008 und September 2009 mehr als 500 Sonnenbänke an über 300 Standorten. Im Bericht wird u. a. die mangelnde Kennzeichnung der Geräte (20%) und das Fehlen von Sicherheitshinweisen sowie von Hinweisen auf die möglicherweise gesundheitsschädigende Wirkung von UV-Licht kritisiert. Viele Sonnenbänke überschreiten zudem den gesetzlich vorgeschriebenen UV-Strahlungsgrenzwert von 0,3 Watt pro m² - die Angaben schwanken allerdings je nach Mitgliedstaat zwischen 10% und 80%. Nicht selten erhalten auch Min-



derjährige rechtswidrig Zugang. Gesundheitskommissar *Dalli* rief die Mitgliedstaaten auf, angesichts der sich alle 15 bis 20 Jahre verdoppelnden Fälle von Hautkrebs für die Sicherheit der Sonnenbänke zu sorgen.

http://ec.europa.eu/consumers/citizen/my_safety/sunbeds/sunbeds_report_2008-2009_en.pdf

ANHEBUNG DER MINDESTSTEUER FÜR ZIGARETTEN UND FEINSCHNITTTABAK

Am 10.11.2009 hatte der ECOFIN-Rat bezüglich der Richtlinie zur Änderung der Tabaksteuer-Richtlinie bereits eine politische Einigung über die Anhebung der Mindeststeuer für Zigaretten und Feinschnitttabak erzielt. Nach Finalisierung des Richtlinientextes hat der ECOFIN-Rat am 16.02.2010 die Richtlinie nunmehr formal angenommen. Ziel ist neben dem Gesundheitsschutz eine Angleichung der Steuersätze in der EU sowie die Modernisierung, Vereinfachung und transparentere Gestaltung der Regelungen (siehe hierzu Beitrag des StMF zum ECOFIN-Rat in diesem EB).

ARBEITSSCHUTZ: ENTSCHESSUNG ZUM SCHUTZ VOR VERLETZUNGEN MIT NADELSTICHEN IM GESUNDHEITSWESEN DURCH DAS EP ANGENOMMEN

Das Europäische Parlament hat am 11. Februar 2010 mit breiter Mehrheit einen Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie unterstützt, die eine Rahmenvereinbarung der Sozialpartner zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe bzw. spitze Instrumente im Krankenhaus- oder Gesundheitssektor durchführen soll. Mit dem entsprechenden Abkommen der Sozialpartner soll ein häufiges Gesundheitsrisiko für die Bediensteten in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen eingedämmt werden. Nach dem Entschließungsantrag des EP-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten kommt es jährlich in der EU zu rund einer Million Verletzungen mit Nadeln (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+TA+20100209+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ANNAHME DER RICHTLINIE ZU AUDIOVISUELLEN MEDIENDIENSTEN

Der Rat für Bildung, Jugend und Kultur hat am 15.02.2010 eine kodifizierte Fassung der Richtlinie zur Bereitstellung audiovisueller Mediendienste verabschiedet. Dadurch wurde der Kompromisstext von Rat und Parlament vom 26.01.2010 bestätigt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/112903.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st03/st03683.en09.pdf>

KULTURAUSSCHUSS IM EUROPAPARLAMENT VERABSCHIEDET STELLUNGNAHME ZU „EUROPEANA – DIE NÄCHSTEN SCHRITTE“

Der Kulturausschuss im Europaparlament nahm am 22.02.2010 eine Stellungnahme von *Helga Trüpel* (Die Grünen) zur Kommissionsempfehlung „EUROPEANA – die nächsten Schritte“ vom 28.08.2009 (vgl. EB 15/2009) einstimmig an. In dieser Stellungnahme werden alle Mitgliedsstaaten unter anderem aufgefordert, sich aktiver an EUROPEANA zu beteiligen und einen Finanzierungsbeitrag nach 2013 zu leisten. Daneben gelte es, ein Gleichgewicht zwischen dem freien Zugang zu Werken und der entsprechenden Vergütung von Autoren zu finden.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/037-61770-292-10-43-906-20091002STO61736-2009-19-10-2009/default_de.htm

KROES HÄLT AUF DER MOBILFUNKMESSE IN BARCELONA ERSTE ÖFFENTLICHE REDE ALS KOMMISSARIN FÜR DIE DIGITALE AGENDA

Neelie Kroes stellte auf der Mobilfunkmesse Mobile World Congress am 15. Februar 2010 in Barcelona in ihrer ersten öffentlichen Rede als Kommissarin für die Digitale Agenda die Schwerpunkte der kommenden Legislaturperiode vor. Dazu gehöre, allen europäischen Bürgern einen Hochgeschwindigkeitszugang zum Internet zu ermöglichen, ihnen zu einer bestmöglichen Nutzung der digitalen Möglichkeiten zu verhelfen sowie ihr Vertrauen in die digitalen Technologien zu stärken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/28&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



SATELLITENNETZBETREIBER WOLLEN VERBREITUNG VON HOCHGESCHWINDIGKEITSINTERNETVERBINDUNGEN VERBESSERN

Nach Ansicht der Vereinigung europäischer Satellitenbetreiber (ESOA) soll die Nutzung von Satellitennetzwerken bei der Verbreitung von Hochgeschwindigkeitsinternetverbindungen in Europa verstärkt werden. Wie *Aarti Holla*, die Generalsekretärin der ESOA betonte, könne die Satellitentechnik vor allem in ländlichen Regionen in kurzer Zeit vielen Menschen einen schnellen Internetzugang ermöglichen.

DIE VEREINIGUNG EUROPÄISCHER TELEKOMMUNIKATIONSNETZWERKANBIETER BEGRÜSST NEUE KOMMISSION UND BEFÜRWORTET ENGE ZUSAMMENARBEIT MIT DER KOMMISSARIN FÜR DIE DIGITALE AGENDA NEELIE KROES

Die Vereinigung europäischer Telekommunikationsnetzwerkanbieter (ETNO) hat die Zustimmung des europäischen Parlaments zur neuen Barroso II-Kommission begrüßt. Dabei betonte ETNO Direktor *Michael Bartholomew* die wirtschaftliche Bedeutung des Telekommunikationssektors und äußerte die Absicht, durch den Netzwerkausbau allen Bürgern Zugang zur Informationsgesellschaft ermöglichen zu wollen.

<http://www.etno.be/Default.aspx?tabid=2229>

KONZEPT ZUM „INTELLIGENTEN HAUS“ VOM DEUTSCHEN FORSCHUNGSZENTRUM FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ VORGESTELLT

Ein von der EU mitfinanziertes Konzept „Intelligentes Haus“, zur Nutzung von Informations- und Mobiltechnologien zur Erleichterung alltäglicher Prozesse im Haushalt, wurde Anfang Februar 2010 in Saarbrücken vorgestellt. Das „i2home“ Konzept soll besonders alten und behinderten Menschen helfen, sich selbstständig im Haushalt zu bewegen und durch eine leichte, zentrale Bedienung alle Haushaltsprozesse zu kontrollieren.

<http://www.i2home.org/Home/tabid/36/Default.aspx>

<http://www.forschungsrahmenprogramm.de/>